

Neue Wörter für die Alten

von Peter Backhaus

Im Herbst 2002 erhielt der Bürgermeister des Suginami-Bezirks in Tokio einen Brief von einem älteren Mitbürger, der sich über den übermäßigen Gebrauch von Lehnwörtern im Bezirksmitteilungsblatt beschwerte. Beim Zählen, so schrieb er, wäre er auf nicht weniger als 300 Fremdwörter auf nur acht Seiten gestoßen: *akauntabiliti* („accountability“) und *akushonpuran* („action plan“), *purezentēshon* („presentation“) und *purototaipu* („prototype“), *sukīmu* („scheme“) und *sukīru* („skill“) – ob es denn keine japanischen Wörter gäbe, um diese Begrifflichkeiten auszudrücken, wollte er wissen.

Eben diese Frage war bereits einmal im Frühjahr desselben Jahres in einem ganz anderen Kontext gestellt worden. Und zwar von niemand Geringerem als Japans Premierminister Koizumi, der zu diesem Zeitpunkt gerade 60 geworden war. Während einer Sitzung zur Steuer- und Wirtschaftspolitik klagte dieser über die hohe Zahl unverständlicher Lehnwörter, die seine Bürokraten in ihren Reden benutzten. Koizumi beanstandete, dass es ihm sehr unwahrscheinlich erschiene, dass die allgemeine Öffentlichkeit Begriffe wie *autosōshingu* („outsourcing“), *bakkuofisu* („back office“) und *inkyubētū* („incubator“) verstehen würde, wenn schon er selbst sich keinen Reim darauf machen könne.

Diese beiden Vorfälle bilden so etwas wie den Auftakt zur neusten Episode von Sprachplanung in Japan: zwei über 60-Jährige, die den übermäßigen Gebrauch von Lehnwörtern in der Verwaltungssprache kritisieren. Nun sind Beschwerden älterer Menschen über fremdsprachliche Neologismen natürlich alles andere als neu. Der permanente Zustrom westlicher Lehnwörter, insbesondere aus dem Englischen, hat während des 20. Jahrhunderts mit schöner Regelmäßigkeit öffentliche Diskussionen über den bevorstehenden Verfall der japanischen Sprache ausgelöst. Ein zentraler Begriff in diesem Zusammenhang ist die

so genannte „Katakana-Flut“ (*katakana no hanran*), denn diese Lehnwörter werden üblicherweise in der eckigen Katakana-Schrift wiedergegeben. Neu an der aktuellen Situation ist, dass die Gruppe derjenigen, die sich am meisten beschweren – Japans ältere Generationen nämlich – jetzt ganz offensichtlich genügend demographische Bedeutung erlangt hat, um dieses Problem auf die offizielle Tagesordnung zu bringen.

So wurde im Juni 2002 ein Komitee am Nationalen Sprachforschungsinstitut (*kokuritsu kokugo kenkyūsho*) gegründet, das den Auftrag hatte, eine Liste schwer verständlicher „Katakana-Wörter“ (*katakana kotoba*) zu erstellen sowie mögliche Alternativen vorzuschlagen, um diese auszutauschen. Das „Komitee für Lehnwörter“ (*gairai-go iinkai*) begann seine Arbeit dann im August 2002 (siehe DIJ Newsletter 19). Zur gleichen Zeit etwa gründete auch die Verwaltung des Suginami Bezirks ein „Untersuchungsteam für leicht verständliche Sprache“ (*wakariyasui kotoba kentō chīmu*), das terminologische Alternativen zu komplizierter Amtsnomenklatur entwickeln sollte, allen voran Katakana-Wörter.

Als besonders problematisch wird die starke Zunahme fremdsprachlicher Lehnwörter in solchen lexikalischen Bereichen betrachtet, die unmittelbar die Bedürfnisse älterer Menschen betreffen: *kea* („care“), *deisābisu* („day service“), *infōmudokonsento* („informed consent“), *nōmaraijēshon* („normalization“), *nonsutepubasu* („non-step bus“), *medikaruchekku* („medical check“) und *yunibāserudezain* („universal design“) sind einige der neusten Schlüsselbegriffe im öffentlichen Wohlfahrtswesen. Kann man es als selbstverständlich ansehen, dass ältere Menschen diese Ausdrücke auch verstehen?

Jüngere empirische Untersuchungen des Nationalen Sprachforschungsinstituts zeigen, dass es beim Verständnis von Katakana-Wörtern eine deutliche

Kluft zwischen den Generationen gibt. Während beispielsweise 76 % aller Befragten den Begriff *kea* verstehen konnten, wussten lediglich 58 % der über 60-Jährigen etwas damit anzufangen. Ähnliche Diskrepanzen ergeben sich auch bei allen anderen der oben genannten Begriffe (vgl. Tabelle 1).

Sowohl das „Komitee für Lehnwörter“ am Nationalen Sprachforschungsinstitut als auch das „Untersuchungsteam für leicht verständliche Sprache“ in Suginami beschäftigen sich seit 2002 eingehend mit der Entwicklung alternativer Ausdrücke für diese und viele andere in der Verwaltung benutzte Katakana-Wörter. Der zusammenfassende Bericht des „Komitees für Lehnwörter“ ist seit kurzem auf der Homepage des Nationalen Sprachforschungsinstituts verfügbar. Er bietet Ersatzbegriffe für insgesamt 176 Katakana-Wörter, von *akuseshibiriti* („accessibility“) bis *zeroemishon* („zero emission“). Der Bericht stellt heraus, dass zwar nicht jeder die Bedeutung der besagten Katakana-Wörter als gleichermaßen schwer verständlich empfinden wird, man sich aber insbesondere auf die Bedürfnisse der über 60-Jährigen konzentriert habe.

In Zusammenarbeit mit dem Nationalen Sprachforschungsinstitut hat auch der Bezirk Suginami eine Wort-

Inhaltsverzeichnis

Titelgeschichte	1
Laufende Forschungsarbeiten	3
DIJ-Veranstaltungen	4
Working Papers	7
Das DIJ im Netz	7
Sonstiges/Ausblick	7

Deutsches Institut für Japanstudien
Verantw. Redakteur: Peter Backhaus
3-3-6 Kudan-Minami
Chiyoda-ku, Tokyo 102-0074, Japan
Tel.: +81-3-3222-5077
Fax: +81-3-3222-5420
E-Mail: dijtokyo@dijtokyo.org
Homepage: <http://www.dijtokyo.org>



„Katakana-Wörter“ (Englischer Originalbegriff)	Verständlichkeitsrate	
	Gesamt	60+
ケア (care)	75.6 %	58.1 %
デイサービス (day service)	77.2 %	73.2 %
インフォームドコンセント (informed consent)	23.3 %	12.7 %
ノーマライゼーション (normalization)	12.2 %	5 %
ノンステップバス (non-step bus)	45.4 %	32.1 %
メディカルチェック (medical check)	52.9 %	31.6 %
ユニバーサルデザイン (universal design)	29.8 %	18.9 %

Tabelle 1: Verständlichkeit von „Katakana-Wörtern“.

Quelle: <http://www.kokken.go.jp/public/gairaigo/Yoron/index.html>

liste veröffentlicht, die Umschreibungen und Ersatzterminologie für über 230 Katakana-Begriffe angibt. Die Gouverneursregierung Tokio wollte da nicht hinten anstehen und brachte nahezu zeitgleich ein internes Handbuch heraus, das dem Gebrauch von Katakana-Wörtern in den Veröffentlichungen ihres Hauses entgegenwirken soll.

Die Entwicklung von Ersatzbegriffen für Katakana-Wörter ist nicht immer eine leichte Aufgabe. Am praktischsten ist es, wenn neben dem Lehnwort noch ein einheimischer Begriff mit derselben Bedeutung zur Verfügung steht. *Kea* („care“) zum Beispiel kann leicht durch *teate* oder *kaigo* ausgetauscht werden, genauso wie das Wort *medikaruchekku* („medical check“) auf Japanisch nichts anderes als *igakuteki kensa* bedeutet. Die Tatsache, dass ein Großteil der häufig verwendeten Lehnwörter in der Verwaltungssprache auf ähnliche Weise ersetzt werden kann, bestätigt nur die Binsenweisheit, dass Begriffe englischer Herkunft nicht zwangsläufig importiert werden, um lexikalische Lücken zu füllen.

Auch solche Fälle gibt es allerdings: Konzepte wie „informed consent“, „normalization“ oder „universal design“ haben keine japanischen Entsprechungen und sind daher nur austauschbar, wenn neue Begriffe an ihrer Stelle geprägt werden. So wird „informed consent“ als *nattoku shinryō* („Einverständnis-Behandlung“) japanisiert, „normalization“ wird zu *tōseika* („Lebensgleichheitsentwicklung“) und „universal design“ umschreibt man als *banninmuke sekkei* („Design für jedermann“) (vgl. Tabelle 2). So japanisch diese Begriffe auch erscheinen mögen, sie sind Neologismen, die man vergeb-

lich in jedem bisher veröffentlichten Wörterbuch suchen wird. Daher ist es schwer zu sagen, ob sie von Japans Bevölkerung über 60 leichter verstanden werden als die aussortierten Katakana-Gegenstücke.

Wie erfolgreich die neuen Initiativen letztlich sein werden, hängt weitgehend von der allgemeinen Akzeptanz seitens der breiten Öffentlichkeit ab. Das Nationale Sprachforschungsinstitut hat daher nachdrücklich klargestellt, dass ihre Liste von Ersatzbegriffen kein Neusprech à la Orwell sei, sondern lediglich ein Vorschlag, wie sich die Kommunikation zwischen Verwaltungsorganen und Bürgern verbessern ließe. Dennoch betrachten viele die Einführung des neuen Vokabulars mit Argwohn, erinnert sie doch zu-

mindest teilweise auch an die in großem Umfang angelegte Ersetzung westlicher Lehnwörter durch einheimische Neologismen in den 1930er und 1940er Jahren – eine Episode der jüngeren japanischen Geschichte also, an die man nicht unbedingt gerne zurückdenkt.

Eine weitere Frage ist, in wie weit sich die japanischen Verwaltungen als bereit erweisen, dieses neue Vokabular auch in der Praxis anzuwenden. In genau dieser Hinsicht kritisierte ein vor kurzem erschienener Artikel in der Zeitung *Mainichi Shimbun* Tokios Gouverneur Ishihara für die häufige Verwendung von Lehnwörtern in seinen Reden. Dies würde allen Bestrebungen seiner Behörde, die Benutzung von Lehnwörtern in ihren Publikationen zu reduzieren, zuwider laufen. Eine Äußerung Ishiharas zu den von der Gouverneursregierung verfolgten Strategien, für Tokio als Gastgeber künftiger Olympischer Spiele zu werben, wurde als Beispiel zitiert: „Ich kann Ihnen hier noch kein Draft (*dorafuto*) präsentieren, und es gibt auch inländische Competitors (*kompetitā*), aber wir werden ein Brainstorming (*burēnstōmingu*) abhalten, sobald Tokio als Repräsentant Japans nominated worden (*nominēto sareta*) ist.“

Ungeachtet der weiteren Entwicklung sind die aktuellen Initiativen zur Reduzierung des Gebrauchs von Lehnwörtern höchst interessant, vor allem da sie ganz offensichtlich demographisch motiviert sind. Zu einer Zeit, da ältere Menschen einen immer größeren Anteil an der japanischen Bevölkerung stellen, kommt auch den linguistischen Bedürfnissen dieser Alterskohorte ein immer höherer Grad an Aufmerksamkeit zu. Es ist anzunehmen, dass diese

„Katakana-Wörter“ (Englischer Originalbegriff)	Ersatzbegriff
ケア (care)	手当て 介護
デイサービス (day service)	日帰り介護
インフォームドコンセント (informed consent)	納得診療 説明と同意
ノーマライゼーション (normalization)	等生化
ノンステップバス (non-step bus)	無断差バス
メディカルチェック (medical check)	医学的検査
ユニバーサルデザイン (universal design)	万人向け設計

Tabelle 2: „Katakana-Wörter“ und deren Ersatzbegriffe.

Quelle: http://www.kokken.go.jp/public/gairaigo/Teian1_4/iikae_teian1_4.pdf



Verlagerung des Blickwinkels hin zu Menschen höheren Alters auch Auswirkungen darauf haben wird, wie Sprachplanung und somit letzten Endes auch Sprachwandel in Japan in den kommenden Jahren ablaufen wird. Das DIJ wird diese Entwicklungen weiter im Auge behalten.

Genannte Literatur:

Mainichi Shimbun (2006): *Ishihara chiji mo waku? Gairaigo iikae, dokuji kijun o sakusei* [Wird Gouverneur Ishihara es auch verstehen? Entwurf eines unabhängigen Standards, um Lehnwörter umzuformulieren]. Abendausgabe, 5.10.06, S. 10.

Nationales Sprachforschungsinstitut (*kokuritsu kokugo kenkyūsho*) (2006): *Gairaigo iikae teian – Sōshūhen* [Vorschläge zur Rephrasierung von Lehnwörtern – Zusammenfassender Bericht]. Tokio: Nationales Sprachforschungsinstitut (http://www.kokken.go.jp/public/gairaigo/Teian1_4/iikae_teian1_4.pdf).

Berzirksverwaltung Sugunami (2006): *Gairaigo yakusho kotoba iikae chō* [Handbuch zur Umformulierung von Lehnwörtern in der Amtssprache]. Tokio: Gyōsei.

LAUFENDE FORSCHUNGSARBEITEN

Arbeitsmigration nach Japan

Kann Arbeitsmigration nach Japan eine Gegenmaßnahme zum demographisch bedingten Rückgang der Erwerbsbevölkerung sein? Diese Frage wird von Ministerien, Wirtschaftsverbänden, der Zivilgesellschaft und von internationalen Organisationen kontrovers diskutiert. Im Zentrum des Diskurses steht die Frage nach einer Revision der Einwanderungsrichtlinien für ungelernete Arbeitskräfte (*tanjun rōdō*). Es ist gerade die – bislang de jure nicht vorgesehene – Arbeitsmigration von ungelerten Kräften, die im Zuge des demographischen Wandels auftretende Lücken auf dem Arbeitsmarkt zu kompensieren verspricht.

Zwei Fronten, hier exemplarisch dargestellt anhand der Positionen zweier Ministerien, lassen sich für den aktuellen Diskurs ausmachen. Das Justizministerium weigert sich strikt, die

Immigrationsrichtlinien für ungelernete Arbeitskräfte zu lockern. Vielmehr kommen aus diesem Haus derzeit gar Vorschläge, die in eine restriktivere Richtung weisen: eine mögliche Verschärfung der bislang relativ großzügig gehandhabten Einwanderungspraxis für *Nikkeijin* (ehemals aus Japan Ausgewanderte und deren Nachkommen), die ein de facto Schlupfloch für die Migration ungelerten Arbeitskräfte nach Japan darstellt. Auch soll mit härteren Strafen gegen undokumentierte Arbeitskräfte und deren Arbeitgeber vorgegangen werden.

Im Gegensatz zum Justizministerium vertritt das Außenministerium den Standpunkt, dass Arbeitsmigration nach Japan notwendig sein wird, um einem Rückgang der Erwerbsbevölkerung entgegenzuwirken. Entsprechend steht es z. B. mit den Philippinen und mit Thailand in Verhandlungen über *Economic Partnership Agreements* (EPA), die als bilaterale Sonderabkommen und somit auch ohne langwierige rechtliche Reformen die Migration niedrig qualifizierter Arbeitskräfte nach Japan ermöglichen – wenn auch nur in einem auf spezielle Berufsgruppen, etwa Pflegedienstleistungen, und auf die genannten Senderländer begrenzten Umfang.

Dem demographisch bedingten Rückgang der Erwerbsbevölkerung kann damit nicht entgegen gewirkt werden. Notwendig hierzu wäre, der Studie *Replacement Migration: Is it a Solution to Declining and Ageing Populations?* der Vereinten Nationen (2000) folgend, Arbeitsmigration nach Japan in gänzlich anderen Größenordnungen: 600.000 Einwanderer pro Jahr, wenn die Erwerbsbevölkerung auf dem Niveau von 1995 gehalten werden soll, und astronomische zehn Millionen pro Jahr, wenn das Verhältnis von erwerbstätiger und nicht erwerbstätiger Bevölkerung konstant gehalten werden soll. Zahlen, die nicht nur vor dem Hintergrund des aktuellen politischen Diskurses in Japan unrealistisch erscheinen.

Das am DIJ von Gabriele Vogt bearbeitete Forschungsprojekt zum Thema Arbeitsmigration nach Japan verfolgt zwei Fragestellungen: Zunächst wird diskutiert, welches Modell (falls überhaupt eines) von Arbeitsmigration für Japan insbesondere vor dem Hintergrund des demographischen Wandels denkbar, d. h. politisch konsensfähig, gesellschaftlich tragbar und wirtschaftlich sinnvoll, ist. Ferner werden Einblicke in die Dynamik der Strukturen von Interdependenz zwischen den

am Diskurs beteiligten politischen Akteuren angestrebt.

Glossar der Bevölkerungswissenschaften und des demographischen Wandels

Florian Coulmas, Claus Harmer und Matthias Koch haben ein dreisprachiges „Glossar der Bevölkerungswissenschaften und des demographischen Wandels“ erstellt. Das Glossar ist das umfangreichste elektronische und konventionelle Werkzeug auf dem Gebiet der Bevölkerungswissenschaften. Es erschließt die demographische Fachterminologie in drei Richtungen: Japanisch-Englisch-Deutsch, Englisch-Japanisch-Deutsch, Deutsch-Japanisch-Englisch. Es beinhaltet Fachtermini aus den wichtigsten bevölkerungswissenschaftlichen Forschungsbereichen, insbesondere Sozialdemographie/Bevölkerungssoziologie, Bevölkerungsgeographie, politische Demographie, historische Demographie, medizinische Demographie, Biodemographie, mathematische Demographie/Statistik und Theorie sowie eher marginal involvierte Bereiche wie Psychologie, Rechtswissenschaft, Technik, Religionswissenschaft, Theologie, Sprachwissenschaft und Erziehungswissenschaft. Eine weitere Rubrik beinhaltet Schlag- und Modewörter, die speziell den japanischen Wortschatz im Zusammenhang mit dem demographischen Wandel bereichern haben.

Das Glossar liegt seit Ende 2005 als Datenbank vor, die den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern des DIJ für ihre Forschungsarbeit zugänglich ist. Die dreisprachige Startseite ermöglicht eine Volltextsuche und Sortierung der Suchergebnisse in allen drei Sprachen. Im Laufe des Jahres 2006 sollen die Daten des Glossars auch in Buchform erscheinen. Während sich das Buch als reines Glossar versteht, enthält die Datenbank zusätzlich Felder für Definitionen, Erläuterungen und Links zu relevanten Homepages. Das bedeutet zum Beispiel, dass man im Buch hinter dem deutschen Begriff „Weltbevölkerungsuhr“ den englischen Terminus „world population clock“ und die japanische Entsprechung *sekai jinkō dokei* finden kann, in der Datenbank aber außerdem einen Link zu einer Homepage angeboten bekommt, auf der das geschätzte Wachstum der Weltbevölkerung in Echtzeit angezeigt wird. Die Datenbank soll auch in Zukunft weiter aktualisiert und verbessert werden.



Wissenschaftliches Kolloquium und Symposium

Familienpolitik in der alternden Gesellschaft – Ein deutsch-japanischer Vergleich

(Tokio, 9.–11. März 2006)

Angesichts einer rasch voranschreitenden Bevölkerungsalterung in Deutschland und Japan gewinnt das Thema „Familienpolitik“ in beiden Ländern zunehmend an Bedeutung. In Japan, das bislang keine eigenständige und als solche bezeichnete Familienpo-



Kuniko Inoguchi (Staatsministerin für Geburtenrückgang und Geschlechtergleichstellung)



Wolfgang Meincke (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend)

litik mit einem entsprechenden Ministerium kennt, hat das Thema spätestens mit der Einsetzung von Kuniko Inoguchi als „Staatsministerin für Geburtenrückgang und Geschlechtergleichstellung“ im Oktober 2005 größere Aufmerksamkeit auf sich ziehen können.

Die von der Tsukuba Universität, dem Deutschen Institut für Japanstudien, dem Japanisch-Deutschen Zentrum Berlin, der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Sozialrecht organisierte Veranstaltung beleuchtete das Thema aus historischer, demographischer, gesellschaftlicher, sozialrechtlicher und wirtschaftlicher Perspektive. Im Rahmen eines zweitägigen wissenschaftlichen Kolloquiums wurden die verschiedensten Aspekte

der Familienpolitik in beiden Ländern erörtert, die dann am dritten Tag im Rahmen eines Symposiums einer breiteren Öffentlichkeit vorgestellt wurden.

Die Vorträge und Diskussionen machten deutlich, dass es neben zahlreichen Ähnlichkeiten auch prägnante Unterschiede in den bisher verfolgten Politiken beider Länder gibt. Zu den Gemeinsamkeiten zählt, dass „Familienpolitik“ in Deutschland und Japan vor dem Hintergrund der negativen Erfahrungen mit den nationalistischen Bevölkerungspolitiken der 1930er und 1940er Jahre nach wie vor historisch belastet ist. Während die seit 1968 bislang siebenmal erstellten deutschen Familienberichte, in denen seit den 1980er Jahren neben der Kernfamilie



Bernd Baron von Maydell (Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Sozialrecht)

(bestehend aus einem Ehepaar mit Kindern) vielfältige weitere Familienformen anerkannt werden, eine deutliche Veränderung des Familienbegriffs erkennen lassen, zeichnen die japanischen Weißbücher nach wie vor ein relativ konservatives Bild der „idealen Familie“ im Sinne der Kernfamilie.

Weitere Länderunterschiede sind hinsichtlich der staatlichen Maßnahmen zur Förderung von Kindern festzustellen. Während man sich in Deutschland, das durch erhebliche Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland gekennzeichnet ist, bislang in erster Linie auf finanzielle Transferleistungen bzw. die sozialrechtliche Absicherung der Familienarbeit konzentriert hat, ist dieser Bereich in Japan sehr viel schwächer ausgeprägt. Demgegenüber hat man in Japan dem Ausbau der Infrastruktur von Kinderbetreuungseinrichtungen vergleichsweise mehr Aufmerksamkeit geschenkt.

Für beide Länder ist jedoch festzuhalten, dass die bislang ergriffenen Maßnahmen nicht zu einer Zunahme der Geburtenrate haben beitragen können. Da der Rückgang der Geburtenrate in beiden Ländern nicht monokausal zu erklären ist, ist dieser Befund nicht weiter erstaunlich. Die Referentinnen und Referenten waren sich darüber einig, dass eine Familienpolitik zur Erhöhung der Geburtenrate nur dann Aussicht auf Erfolg haben wird, wenn sie künftig einen angemessenen Mix aus Geldleistungen, Infrastrukturangeboten und Zeitpolitik (im Sinne der Vereinbarkeit von Beruf und Familie) bereitstellen kann. Hierzu bedarf es jedoch in beiden Ländern noch eines erheblichen politischen und gesellschaftlichen Kurswechsels.

Eine detaillierte Programmübersicht mit Sprechern und Diskutanten finden Sie unter: http://www.dijtokyo.org/?page=event_detail.php&p_id=444. Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an den Mitorganisator Harald Conrad (conrad@dijtokyo.org).

Internationales Symposium

Biotechnologie-Cluster in Deutschland und Japan: Beispiele für erfolgreiche Innovation und Industriepolitik

(Tokio, 21. April 2006)

Die moderne Biotechnologie gilt als eine der wichtigsten Schlüsseltechnologien des 21. Jahrhunderts. Mit ihrer Hilfe werden zahlreiche Innovationen, zum Beispiel im Pharmabereich, in der Umwelttechnologie, der Landwirtschaft und der Chemie hervorgebracht.

In Deutschland stieß die Biotechnologie bis in die 1990er Jahre auf eine ablehnende Haltung in Politik und Öffentlichkeit. Dann setzte jedoch eine Wende ein, und ein schneller und effektiver Nachholprozess begann. Dies wurde am 1997 gestarteten „BioRegion-Wettbewerb“ deutlich. Der Wettbewerb gilt auch international als eine der erfolgreichsten technologischen Fördermaßnahmen und hat zum landesweiten Aufbau von Biotechnologie-Clustern geführt. Unterstützt wurde die Dynamik durch ein starkes Engagement der Bundes- und Landesregierungen sowie das zunehmende Interesse des Kapitalmarkts an jungen technologieintensiven Biotech-Unternehmen.

In Japan hat die Regierung eine nationale Strategie für die Biotechnologie initiiert, um die Wettbewerbsfähigkeit des weltweit zweitgrößten Marktes der Branche zu sichern. Der „Industrial Cluster Plan“ von 2001 hat zum Ziel, die Fähigkeiten der einzelnen Gebiete

zur Entwicklung neuer Technologien zu fördern und die Herausbildung bzw. das Wachstum von innovativen Unternehmen anzuregen. Allein fünf der 19 Projekte der Regionalentwicklung konzentrieren sich auf die Biotechnologie.

Das gemeinsam von DIJ (Andreas Moerke) und Development Bank of Japan (DBJ) organisierte Symposium hatte zum Ziel, die Bedingungen für eine erfolgreiche Schaffung von Clustern anhand der Biotechnologie-Cluster aufzuzeigen und mit „Best Practice“-Beispielen Anregungen zu geben.

Nach den Eröffnungsworten durch Florian Coulmas (DIJ) und Zen'ya Yamazaki (DBJ) wurde zunächst mit zwei Einführungsvorträgen die Situation in Europa vorgestellt. Satoshi Fukasawa (DBJ) berichtete von neuesten Trends in der Förderung von Forschung und Entwicklung durch die Europäische Union und verwies auf die zunehmende Bedeutung von Kooperationen – die Chancen auch für japanische Unternehmen zum Engagement in Europa mit sich bringe. Ralph Fülöp (Development Bank of Japan, Büro Frankfurt) präsentierte die soeben erschienene Studie „Erfolgreiche Biotechnologie-Regionen in Deutschland“ und schlug den Bogen zu erfolgreichen Innovationsstrategien. In seiner Präsentation gab er auch einen Überblick darüber, mit welchen Programmen staatliche Institutionen die Clusterbildung in der Biotechnologie fördern.

Im zweiten Teil des Symposiums wurden erfolgreiche Biotechnologie-Cluster anhand von Fallstudien präsentiert: Kai-Uwe Bindseil (BioTOP) stellte das Cluster Berlin-Brandenburg



Panellisten (von links nach rechts): Nakagawa, Miki, Akisue, Kondō





Panellisten (von links nach rechts): Müller, Plate, Bindseil, Moerke

vor, Klaus Plate (Technologiepark Heidelberg) den dortigen Technologiepark, Takashi Miki (Stadt Kobe) das „Kobe Medical Industry Development Project“ und Masayuki Nakagawa das „Osaka Biocluster“. Übereinstimmend benannten alle Redner das Vorhandensein exzellenter Forschungseinrichtungen und die enge Verbindung von Forschung und Industrie, die Schaffung einer adäquaten Infrastruktur und die allgemeine Akzeptanz der Technologie als Bedingungen für die erfolgreiche Entwicklung von Clustern. Die langfristige Perspektive wurde von den deutschen Vertretern betont: Es dauere zehn Jahre und mehr, ein erfolgreiches Bio-Cluster aufzubauen.

In der anschließenden Podiumsdiskussion, an der neben den oben genannten Rednern auch Yoshirō Akisue (Kazusa Akademia Park), Masayuki Kondō (Yokohama National University) und Nikolaus Müller (Nihon Scheering KK) teilnahmen, wurden die folgenden Fragen im deutsch-japanischen Vergleich diskutiert: Was sind die Voraussetzungen für erfolgreiche Clusterbildung? Welche Charakteristika sollten die Verbindungen von Wissenschaft und Industrie aufweisen, um einen effektiven Transfer von Wissen zu ermöglichen? Wie sollten die Rahmenbedingungen gestaltet sein, welche Unterstützung seitens des Staates ist aus Sicht der Cluster bzw. der Unternehmen wünschenswert? Welche

Rolle spielt Risikokapital für die Entstehung von Biotechnologie-Clustern? Über diese Fragen hinaus bot die Diskussion auch Raum für Fragen aus dem Publikum.

Das Symposium war Teil des „Deutschland in Japan 2005/2006“-Jahres. Wir danken für die finanzielle Unterstützung durch die Kanzlei Sonderhoff & Einsel und das Japan Economic Research Institute sowie für weiteren Support durch die Deutsche Industrie- und Handelskammer in Japan und das EU-Japan Centre for Industrial Cooperation. Die Deutsche Botschaft in Japan übernahm die Schirmherrschaft. Die Präsentationen sind auf der DIJ-Homepage zugänglich (http://www.dijtokyo.org/?page=event_detail.php&p_id=446); die Studie der Development Bank of Japan kann von der Homepage des Frankfurter Büros der DBJ (www.dbjffm.de) unter folgendem Link heruntergeladen werden: http://www.dbjffm.de/s/veroeff/DBJFFM_Biocluster_19.1.pdf). Für weitere Fragen stehen die Organisatoren unter biotech@dijtokyo.org gern zur Verfügung.

Internationale Konferenz

Jahrestagung der Association for Asian Studies
(San Francisco, 6.–9. April 2006)

Das DIJ war auf der mit über 3.000 Teilnehmer/innen gut besuchten Jahrestagung der AAS (06.–09. April 2006) in San Francisco durch einen Vortrag vertreten. Andreas Moerke organisierte gemeinsam mit Mark Tilton (Purdue University) ein Podium über die Perspektiven des politischen und ökonomischen Wandels im japanisch-deutschen Vergleich, das am 7. April stattfand. Mark Tiltons Vortrag beschäftigte sich mit der (De-)Regulierung von Industrien in beiden Ländern, und Andreas Moerke zeigte Entwicklungen im Bereich Corporate Governance in Japan und Deutschland auf. Die Vorträge wurden von Steven Vogel (UC at Berkeley) kommentiert; Chair des Panels war Pat Boling (Purdue University).



Publikum beim internationalen Biotechnologie-Symposium, 21.4.06, Tokio

06/1 Annette Schad-Seifert: Japans kinderarme Gesellschaft – Die niedrige Geburtenrate und das Gender-Problem

Die Durchsetzung politischer Reformen und Maßnahmen zur Lösung des Problems der extrem niedrigen Geburtenrate der japanischen Gesellschaft sind für die Regierung unter Premierminister Koizumi Anlass gewesen, im Kabinetbüro ein eigenes Ministeramt für „Geburtenrückgang und Geschlechtergleichstellung“ (*shōshika danjo kyōdō sankaku*) einzurichten. Da deutlich wurde, dass die nachlassende Geburtenrate als Folge eines veränderten Heiratsverhaltens wie Aufschub der Heirat und „späte Elternschaft“ oder gänzlicher Verzicht auf Ehe und Kinder begriffen werden muss, ist es notwendig, die Faktoren, die dieses Verhalten beeinflussen, gründlich zu erforschen. Es ist vermutet worden, dass der Trend, die Heirat aufzuschieben oder Single zu bleiben, im Wesentlichen infolge eines Wandels weiblicher Einstellungen und aufgrund von weiblichen Gender-Problemen wie mangelnder Balance zwischen Beruf und Familienleben eingetreten ist.

Das Arbeitspapier hinterfragt die Annahme, dass die sinkende Geburtenrate hauptsächlich durch Veränderungen im Verhalten von Frauen beeinflusst wird. Es argumentiert dagegen, dass die soziologische Erforschung des demographischen Wandels berücksichtigen muss, wie sozioökonomische Veränderungen und strukturelle Faktoren die individuellen Entscheidungen und Lebensformen beider Geschlechter und aller Generationen beeinflussen.

Insgesamt ist für den demographischen Strukturwandel der japanischen Gesellschaft ein Zusammenwirken von folgenden drei Faktoren zu konstatieren:

- 1) das Fortwirken individueller traditioneller Einstellungen und Erwartungen sowohl im Geschlechterverhältnis als auch im Generationenverhältnis,
- 2) die spezifische demographische Konstellation zwischen der eher wohlhabenden Elterngeneration der Baby-Boomer und deren eher einkommensschwachen erwachsenen Kindern sowie
- 3) der Wandel der Beschäftigungsstruktur mit ihrem Abbau der Vollbeschäftigung und einer Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung (*freeter*) für beide Geschlechter.

Neu auf der Homepage

Die Homepage des DIJ (www.dijtokyo.org) ist im April 2006 um die Rubrik „Internet-Resources“ erweitert worden. Diese ermöglicht den direkten Zugriff auf zwei jüngere Projekte des DIJ: die Datenbank „Universitäre Sondersammlungen in Japan“ und die virtuelle Ausstellung der Band-Sammlung des Instituts. Außerdem enthält die Rubrik einen direkten Link zum DIJ-Bibliothekskatalog. Die Aufnahme weiterer Projekte ist in Planung.

Aufnahmen des DIJ-Forums

Audio-Aufnahmen der Vorträge des DIJ Forums sollen in Zukunft nach Möglichkeit auch auf der Homepage des Instituts bereitgestellt werden. Bereits verfügbar sind die Veranstaltungen vom 23. März 2006 (Prof. Klaus Vollmer) und vom 5. Juli 2005 (Prof. Ito Peng).

SONSTIGES/ AUSBLICK

Aufruf zur Einsendung von Beiträgen

Japanstudien: Jahrbuch des deutschen Instituts für Japanstudien

Das Deutsche Institut für Japanstudien nimmt in seiner referierten Fachzeitschrift *Japanstudien* wissenschaftliche Beiträge zu Kultur, Wirtschaft, Gesellschaft und Politik des gegenwärtigen Japan sowie zum Bereich deutsch-japanischer Beziehungen auf. Die *Japanstudien* stehen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aller Fachrichtungen offen. Das Schwerpunktthema für den Band 19, der im Herbst 2007 erscheinen soll, lautet:

Familie(n)

Ein ausführlicher Aufruf zur Einsendung von Beiträgen ist auf der Homepage des DIJ verfügbar (http://www.dijtokyo.org/?page=publication_detail.php&p_id=955). Weitere Informationen erhalten Sie bei Peter Backhaus (backhaus@dijtokyo.org).

Dr. Isa Ducke, seit 1. Juni 2001 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Institut für Japanstudien und seit 1. November 2005 Leiterin der Sozialwissenschaftlichen Abteilung, hat das Institut zum 31. Mai 2006 verlassen. Isa Ducke hat seit Februar 2002 die DIJ Social Science Study Group mitbetreut und mehrere Veranstaltungen zu politikwissenschaftlichen Themen organisiert. Sie hat sich intensiv mit den Schwerpunktthemen des DIJ, „Japan in Asien“ und „Herausforderungen des demographischen Wandels“, sowie mehreren weiteren Forschungsprojekten des Instituts beschäftigt und sich mit wissenschaftlichen Vorträgen und Publikationen an diesen Projekten beteiligt. So entstand im Zusammenhang mit dem Schwerpunktthema „Japan in Asien“ in Zusammenarbeit mit Sven Saaler der Konferenzband „Japan und Korea auf dem Weg in eine gemeinsame Zukunft“ (Monographien aus dem Deutschen Institut für Japanstudien, Bd. 36). Die zugehörige Konferenz war vom DIJ in Zusammenarbeit mit dem Japanischen Kulturinstitut Köln, dem Japanisch-Deutschen Zentrum Berlin und der Bundeszentrale für Politische Bildung ausgerichtet worden. Ein Schwerpunkt ihrer Arbeit am Institut lag jedoch auf dem Forschungsprojekt „Internet und Politik“, aus dem mehrere Aufsatzpublikationen und der Band „E-Democracy in East Asia? How the Internet Affects Politics and Civil Society in Japan, South Korea, and Taiwan“ (DIJ Miscellanea, Bd. 17) hervorgegangen sind. Eine Monographie zu diesem Thema wird bei Routledge erscheinen.

Dr. Volker Elis hat zum 1. April 2006 eine Stelle als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung des Deutschen Instituts für Japanstudien angetreten. Zuvor war er am Institut für Orient- und Asienwissenschaften der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn (Abteilung für Japanologie) ebenfalls als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig, wo er in Lehre und Forschung insbesondere die Bereiche Wirtschaft und Geographie Japans vertrat. Er promovierte 2004 mit einer Dissertation zum Thema „Regionale Wirtschaftsförderung in Japan – der Wirtschaftsraum der Präfektur Shizuoka“. Am DIJ wird sich Volker Elis im Rahmen des Forschungsschwerpunktes „Herausforderungen des demographischen Wandels“ des Themas der „Regi-



onalen Wirtschaftsförderung in Japans Abwanderungsgebieten“ annehmen, um Lösungsansätze und Handlungsspielräume regionalpolitischer Akteure und Institutionen in denjenigen lokalen Gebietskörperschaften auszuloten, die von Bevölkerungsrückgang und Überalterung in besonderem Maße betroffen sind.

DIJ-Forum

Richard J. Samuels, Professor für Politische Wissenschaften, Massachusetts Institute of Technology: „Japanese Grand Strategies: Past and Future“ (18. Mai 2006)

Satomi Kurosu, Professorin für Soziologie, Reitaku Universität, Chiba: „The Tokugawa Mating Game: Marriage, Divorce and Remarriage in Historical Perspective“ (22. Juni 2006)

Herstellung: IUDICIUM Verlag GmbH, Hans-Grässel-Weg 13, 81375 München. Druck: AZ Druck und Datentechnik GmbH, Heisingerstr. 14, 87437 Kempten. Erscheinungsweise: jeweils Juni, Oktober, Februar; kein Bezug über den Buchhandel.

